



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

R/V/280

1. Dezember 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Das politische Ziel der neuen Offensive	S.1
Ein Prozess gegen die Unmenschlichkeit -Bericht aus Paris-	S.3
Reemtsma und der Bund der Steuerzahler	S.4
Klare Haltung der Bayern - SPD	S.5
Erste Kolchose in Thüringen	S.6

Politik der Erpressung

P.R. Das Wort von der möglichen Anwendung der Atombombe im koreanischen Krieg hat die Grösse der "ernsten Gefahr für den Weltfrieden" (Acheson) blitzartig beleuchtet. Der Anlass zu dieser massiven Drohung kam nicht direkt aus Moskau, sondern aus Peking. Und wenn man auch nicht bei der Betrachtung der grossen Zusammenhänge unbedingt von einer schematischen Addition der menschlichen Leistungskraft von 200 Millionen Russen und 400 Millionen Chinesen unter einer geschlossenen, einheitlichen Führung auszugehen braucht, so bleibt trotzdem die Gefahr, die in dieser ungeheuren Massierung liegt, enorm. Man kann Zweifel haben, ob die Gegendrohung mit der modernsten Vernichtungswaffe unserer Zeit ein ausreichendes Gegengewicht darstellt.

Die Spannung ist jedenfalls heute auf einem Höhepunkt angelangt. Es ist äusserst bedenklich, dass auch in den Äusserungen amtlicher Stellen die militärischen Erwägungen die politischen immer stärker zurückdrängen. Das bezieht sich insbesondere auf die vermutliche Rolle der Atombombe für den Fall ihres Einsatzes. Truman hat erklärt, die Wahl der Waffen sei Angelegenheit der militärischen Führung, ihre Anwendung könne ohne Zustimmung der UNO erfolgen, im übrigen hoffe er, man werde darum herunkommen. In der Tat entzieht sich eine einigermassen solide Erörterung dieses Themas dem laienhaften Urteil - zu gross ist die Zahl der Unbekannten in dieser Gleichung von Risiko und Chance bei einem etwaigen Kampf um das Überleben der Völker.

Aber man hat wohl guten Grund zu der Annahme, dass heute noch die Politik das Feld beherrscht und man sich noch nicht im Vorzimmer des Grossen Krieges befindet. Connally, der Vorsitzende des amerikanischen Staatsausschusses für aussenpolitische Fragen, hat die Befürchtung ausgesprochen, der chinesische Vorstoss in Korea könne ein Ablenkungsmanöver für einen beabsichtigten Angriff der Sowjets in Europa darstellen. Er vermutet das nur, aber es ist natürlich auch unmöglich nachzuweisen, dass dem nicht so sei. Andererseits gibt es keinen Grund, weshalb der Kreml von seiner bisherigen Politik, es in Europa nicht zum äussersten kommen zu lassen, jetzt bereits abgehen sollte. Der einzig mögliche Grund wäre der besondere Anreiz, der für die Russen in der militärischen Unfertigkeit der europäisch-atlantischen Verteidigung liegen könnte. Dieser Grund hat aber auch in den ganzen letzten Jahren schon bestanden. Dagegen ist ebenso unverändert die tiefere Ursache, die Moskau bisher veranlasste, vor einem bewaffneten Angriff in Europa, der den Weltkrieg auslösen müsste, zurückzusehen: die Furcht vor dem Verlust der letzten Schlacht, die aus der Unterlegenheit in wesentlichen Waffengattungen und im allgemeinen Wirtschafts- und Rüstungspotential resultiert.

So widersinnig es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag - sehr wahrscheinlich dient die neue grosse Offensive im Fernen Osten, vorgetragen von den Divisionen Mao-Tse-Tungs, gerade dem Zweck, eine für die Sowjets günstigere Ausgangslage für Verhandlungen mit den anderen Mächten zu schaffen. Das Viermächte-Gespräch, von Moskau vorgeschlagen, ist z.Zt. das politische Hauptziel des Kreml. Es soll nach dem Willen der sowjetischen Führung eine langfristige Festlegung der Viermächte-Deutschlandpolitik in einer Weise bringen, die den russischen Wünschen möglichst weit entgegenkommt. Der Kreml glaubt, dass dieses Ziel mit umso mehr Aussicht auf Erfolg angestrebt werden kann, je geschwächer die Machtposition des Westens ist. Zu diesem Zweck werden Hunderttausende von Menschen mit kalter Berechnung um eines taktischen politischen Vorteiles willen geopfert. Dies zeigt besonders die ganze Grausamkeit dieser Politik der Erpressung, in der die Macht alles und der Mensch nichts ist. Ihr wird man nur mit äusserster Härte und Entschlossenheit begegnen können. Der Hinweis Trumans zeigt, dass man dazu bereit ist.

+ + + +

Ein Prozess gegen die Unmenschlichkeit

A.F.Paris, im Dezember

"Lettres Françaises", eine französische politisch-kommunistische Wochenzeitung, wurde vor fast zwei Jahren durch den Pariser Kravchenko-Prozess eher unrühmlich bekannt. Diese Zeitung steht nunmehr erneut im Mittelpunkt des politisch-juristischen Interesses, da sie von dem französischen Schriftsteller, David Rousset, wegen Beleidigung verklagt wurde.

Während Kravchenko nicht immer gerade sympathisch war und seinen Prozess mitunter weitgehend im Hinblick auf seine persönliche Reklame um den Verkauf seines Buches führte, ist David Rousset eine sowohl politisch wie menschlich einwandfreie Persönlichkeit. Als französischer Widerstandskämpfer verbrachte er einige bittere Jahre in deutschen Konzentrationslagern und schrieb nach seiner Rückkehr zwei Bücher über das "konzentrationsäre Universum", in denen er seine Erlebnisse sachlich schilderte und jede Deutschenhetze vermied. Sein Streben nach Menschlichkeit brachte ihn zwangsläufig in offenen Widerspruch zur kommunistischen Partei, der er einst recht nahe stand. Vor einem Jahr entschloss er sich dann zu einem Feldzug gegen die Konzentrationslager jenseits des eisernen Vorhangs. Rousset griff einen gegen ihn in den "Lettres Françaises" von einem jungen Redakteur veröffentlichten Artikel auf, um über die Beleidigungsklage den Prozess gegen die sowjetischen Konzentrationslager zu führen.

Der Fall Rousset-"Lettres Françaises" ist in dem Ende November in Paris begonnenen Prozess unwichtig. Es geht nicht wie im Kravchenko-Prozess ganz allgemein um das Sowjetsystem, seine Vor- oder Nachteile oder seine Methoden. Im Mittelpunkt steht der Beweis für das Bestehen von Konzentrationslagern in der Sowjetunion und die Veröffentlichung der dort vorgenommenen systematischen Misshandlung der Menschen. Selbstverständlich geht dieser Prozess nicht nur Frankreich an, sondern die ganze westliche Welt und nicht zuletzt Deutschland, denn Rousset und seine Freunde, die dem Sowjetterror in irgendeiner Form zum Opfer gefallen sind, d.h. auch an die in Russland widerrechtlich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen.

Die Mehrheit der 50 von Rousset vorgeladenen Zeugen verbrachte lange Jahre in russischen Konzentrationslagern. Es sind Menschen verschiedenster Herkunft und Nationalität, die meistens einmal an den

Kommunismus glaubten und durch ihre eigenen Erlebnisse im Sowjetparadies aufgeklärt wurden. Die Kommunisten sind sich der politischen und psychologischen Tragweite der bevorstehenden Zeugenaussagen sehr wohl bewusst. Sie haben daher ihre Rechtsanwälte beauftragt, alles nur denkbar Mögliche zu unternehmen, um diesen Prozess zu verhindern. Sie nehmen es offensichtlich hin, als Drückeberger angesehen zu werden, weil sie die Wahrheit über die sowjetischen Konzentrationslager mehr als alles andere fürchten. Der Prozess begann daher mit einem Überraschungstrick der kommunistischen Verteidiger, die unter Anrufung eines sehr selten angewandten Paragraphen der Prozessordnung nicht nur einen Richter, sondern die gesamte Strafkammer als befangen ablehnten, mit einer reichlich fadenscheinigen Begründung. Es wurde dem Gericht u.a. vorgeworfen, einen grösseren Tagungsaal gewählt zu haben und die Veröffentlichung der Debatten über das übliche Maß hinaus zu erleichtern. Das Gericht behielt sich für seine Entscheidung eine Frist von 6 Tagen vor, dürfte jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach den kommunistischen Antrag ablehnen, sodass die Bekanntgabe der Wahrheit nicht unnötig verzögert werden wird.

 Reemtsma und der Bund der Steuerzahler

sp. Ist der Bund der Steuerzahler eine Organisation schutzbedürftiger Staatsbürger oder ist er eine getarnte Organisation zur Wahrung grossindustrieller Interessen?

Auf diese Frage wird der Verband der Steuerzahler eine Antwort geben müssen. Uns liegt die Fotokopie eines Briefes vor, in dem der Vorstand der Reemtsma Zigarettenfabriken dem Schutzverband einen Scheck über 22.500 DM "für ihre Bemühungen und Arbeiten . . . in Fragen der Zigarettensteuerreform" überreicht. Vermutlich ging es bei den honorierten Bemühungen um eine verbilligte Zigarette. Das sind lobenswerte Bestrebungen, denn wer ausser dem Bundesfinanzminister ist schon nicht der Ansicht, dass die Zigaretten als Volksgenussmittel zu teuer sind. Dass aber Reemtsma selbst für einen Versuch (bisher ist von einem Erfolg dieser Bestrebungen nichts bemerkt worden) 22.500 DM zahlen kann, macht die Sache mehr als verdächtig.

Verdächtig ist in dem erwähnten Brief vor allem der Passus "wie vereinbart als Honorar". Es war also nicht so, dass der Bund der Steuerzahler sich auf die in seinem Titel verankerten Aufgaben besann,

eine an sich unsinnige Steuer zu bekämpfen; nicht das sozial-ethische, sondern das gewinnbringende Motiv: "Du arbeitest für mich, ich bezahle Dich", stand am Anfang und am Ende dieser Angelegenheit. In Amerika gibt es Menschen, die von der Realisierung ihres Einflusses bei Regierungsämtern leben. Aber diese Menschen tarnen sich nicht hinter so hochtrabenden und auf die Allgemeinheit gestützte Namen wie der Schutzverband der Steuerzahler.

Es ist nicht zu leugnen, dass in diesem konkreten Falle der Schutzverband die soziale Optik für sich hat. Aber Reemtsma ist Mitglied des Schutzverbandes, die Firma hätte also schon aus diesem Rechtstitel eine Verpflichtung des Verbandes ableiten können, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. Aber anscheinend hat dieser Rechtstitel nicht genügt, so dass ein entsprechender Händedruck notwendig war. Das aber zeigt, dass es tatsächlich nur eine soziale Optik, keine soziale Wirklichkeit war; dass der Schutzverband keineswegs an den "kleinen Mann", sondern an den grossen Reemtsma dachte, als er gegen die Zigarettensteuer vorging.

Im Sommer dieses Jahres hat der Bundestag den Bundesfinanzminister beauftragt, die Kaffee- und Tabaksteuer zu revidieren. Es ist Dr. Schäffer bis heute gelungen, sich davon zu drücken. Das ist aber kein Grund für einen Großindustriellen und einen sich sozial tarnenden Verband, auf unkontrollierbaren Wegen dasselbe zu versuchen wie der Bundestag. Der heute aufgedeckte Fall wäre jedoch ein Grund, das Konto "Werbungskosten" der Firma Reemtsma näher zu untersuchen. Ebenso interessant wäre zu wissen, ob und woher der Schutzverband der Steuerzahler ausser den Mitgliedsbeiträgen noch weitere Schecks à la Reemtsma bezogen hat.

(Wir legen unseren Beziehern eine Fotokopie des erwähnten Briefes bei. - Die Redaktion)

- - - -

Klare Haltung der Bayern - SPD

M.R.München, im Dezember

Die SPD in Bayern hat durch ihren Landesvorsitzenden, Waldemar von Kneringen, in absolut fairer Weise der stärksten Fraktion, der CSU, die Initiative für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen überlassen. Sie erwartet selbstverständlich, dass ihr die CSU unter dem Ministerpräsidenten, Dr. Hans Ehard, in gleich fairer Weise entgegenkommt und sie über alle Verhandlungen, die Dr. Ehard mit den Parteien führt,

in umfassender und klarer Form unterrichtet.

Ob die SPD in Bayern an einer Regierung teilnimmt oder in Opposition stehen wird, hängt in erster Linie von dem Verhalten der anderen Parteien ab. Sie hat jedenfalls ihr klares Ziel bereits im Wahlkampf bekanntgegeben. Das, was sie in ihrem Landeswahlprogramm der Öffentlichkeit vorlegte, waren nicht nur für den Wahlkampf bestimmte Phrasen, es war ein Programm, das sachlich die wesentlichsten der Aufgaben umfaßt, die sich die SPD auch in einer Regierung stellen muss.

Die Durchführung der Verwaltungsreform, der Aufbau eines modernen Berufsschulwesens, überkonfessionelle Lehrerbildung, Schaffung eines Landesentwicklungsplanes, Sparmaßnahmen in der Verwaltung, das alles sind Forderungen, die die SPD verwirklicht sehen will. Fest bleibt auch die Erklärung der SPD, dass sie sich niemals an einem Kabinett beteiligen kann, dessen Kultusminister Dr. Hundhammer heißt. Für sie kommt es nicht darauf an, um jeden Preis in eine Regierung zu gehen, sondern sie weiß, dass eine Beteiligung an einer Regierung nur dann sinnvoll ist, wenn der Preis, den sie dafür bekommt, die Durchführung ihrer Mindestforderungen enthält.

Die SPD in Bayern ist sich der Verantwortung bewusst, die ihr die Wähler übertragen haben. In den Vordergrund der Verhandlungen wird sie nicht personelle, sondern sachliche Fragen stellen. Erst wenn über die sachlichen Fragen für eine Koalition Einigkeit erzielt worden ist, können auch die personellen Probleme, die nun einmal eine Regierungsbildung mit sich bringt, erörtert werden.

Erste Kolchose in Thüringen

sp. Zu der Ankündigung des Sowjetzonen-Innenministeriums, alle Bauern der Sowjetzone mit mehr als 100 Morgen Land würden zugunsten von Kollektivwirtschaften enteignet, teilt das OSTBURO der SPD mit, dass bereits vor einiger Zeit in der Sowjetzone mit den Vorbereitungen für diese Regierungsmassnahmen begonnen worden sei. In Thüringen waren nach einer Hochwasserkatastrophe im Unstruttal durch die Selbsthilfe der Bauern und "Aktivisten"-Schichten thüringischer Bauarbeiter in den geschädigten Gemeinden Lehmhäuser errichtet worden. Als die Bauern der Gemeinde Bruchstädt im Kreise Langensalza diese Häuser bezogen, mussten sie eine schriftliche Erklärung abgeben, wonach alle erbauten Häuser und das ihnen zur Verfügung gestellte Vieh Staatseigentum sind. Die kommunistische Konsumgenossenschaft errichtete in Bruchstädt ein "Patengehöft". Ausserdem ist ein "Kulturzentrum" geschaffen worden, das die bevorstehende Kollektivierung ideologisch vorbereiten soll.

Die Berliner Tagung des Parteivorstandes der SPD

(sp.) Der Vollständigkeit halber legen wir den Redaktionen unserer heutigen Ausgabe das bereits aus Berlin verbreitete Kommuniqué über die Berliner Tagung des PV der SPD in voller Wortlaut bei.

K o m m u n i q u é

Am 28. und 29. November 1950 tagte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin-Wannsee. Der Vorsitzende der Partei, Dr. Kurt Schumacher, gab zunächst einen Überblick über die politische Situation unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Fragen, der Ergebnisse der Wahlen in Hessen, Württemberg-Baden und Bayern und der bevorstehenden Wahlen in Berlin.

Nach einer längeren Diskussion, die die völlige Übereinstimmung der Mitglieder des Vorstandes in diesen Fragen ergab, wurden folgende Auffassungen des Vorstandes als wesentlich herausgestellt:

- 1.) Neuwahlen zum Bundestag sind eine unerlässliche Vorbedingung für die Entscheidung in der Frage einer deutschen Remilitarisierung. Die Regierung hat kein Recht, sich dieser politischen Grundforderung zu verschließen.
- 2.) Der Vorstand begrüßt das Ergebnis der drei letzten Länderwahlen als eine wichtige Etappe auf dem Wege der wachsenden Erkenntnis weitester Bevölkerungskreise von dem wahren Charakter der Regierung Adenauer und ihrer letzten Ziele.
- 3.) Der Vorstand der SPD wendet sich nachdrücklich gegen die dauernden und unerträglichen Einmischungen von westallierter Seite in die deutsche Innenpolitik.
- 4.) Er tritt entschieden für eine Verminderung der Besatzungskosten und in diesem Zusammenhang für die Abschaffung aller überflüssigen alliierten Kontrollen laut Besatzungs-Sonderrecht ein.
- 5.) Der Vorstand wandte sich scharf gegen die dokumentarisch widerlegte wahrheitswidrige Darstellung Dr. Adenauers über seinen Standpunkt und den Dr. Schumachers in Sachen des deutschen militärischen Beitrages.

Über die letzte Europarat-Sitzung sowie die vorangegangene Sitzung von COMISCO berichtete Erich Ollenhauer, der noch einmal den sozialdemokratischen Standpunkt während der Strassburger Beratungen erläuterte und begründete. Der Vorstand billigt einmütig die von der SPD eingenommene Haltung, wie sie sich aus der grundsätzlichen Einstellung der Partei zu der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft und zur Frage eines deutschen Rüstungsbeitrages ergibt.

Anlässlich einer Diskussion über die verschiedenen privaten Europabewegungen wurde der bisherige Standpunkt der SPD bestätigt, dass eine offizielle Beteiligung der Partei an keiner dieser Vereinigungen in Betracht kommen könne.

Der Bundestagsabgeordnete Wehner gab einen Überblick über die Bemühungen einer kleinen deutschen Abordnung in Lake Success, die UNO für das Schicksal der in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zu interessieren und eine Kommission zu ernennen, die das Recht haben soll, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen.